



Anfrage Fanaj Ylfete und Mit. über warum zeigt sich der Regierungsrat nicht solidarisch mit seinen Mitarbeitenden?

eröffnet am 12. Dezember 2016

Mit der Erhöhung der Arbeitszeit oder der Unterrichtsverpflichtung, Streichung von Feiertagen, Kürzung von Weiterbildungsunterstützung, Lohnstagnation seit Jahren sowie einer ominösen Organisationsentwicklung sind das Personal und die Lehrpersonen mit dem KP17 von einschneidenden Abbaumassnahmen betroffen. Insgesamt ist über die nächsten Jahre mit einem Stellenabbau von bis zu 300 Stellen zu rechnen.

In dieser ausserordentlichen finanziellen Situation ist es eine Führungsaufgabe von den politisch Verantwortlichen und ein Zeichen von Grösse, wenn der Regierungsrat und der Kantonsrat vorangehen und sich mit dem Personal solidarisch zeigen. Eine auf drei Jahre befristete Kürzung von 5 Prozent der Regierungsratslöhne und der Kantonsratsentschädigung ist angebracht. Ebenfalls sollen die Kantonsrichterinnen sowie Kantonsrichter und der Staatsschreiber einen angemessenen Beitrag zur Solidarität mit dem Personal leisten.

Die SP-Fraktion bittet deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat der Regierungsrat eine Kürzung seiner Löhne in Betracht gezogen? Wenn ja, was waren die Gründe, dass er keine Kürzung vorgeschlagen hat?
2. Welches Zeichen würde der Regierungsrat aussenden, wenn er dies tun würde?
3. In welcher Form zeigt sich der Regierungsrat solidarisch mit dem Personal?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat eine befristete Kürzung der Kantonsratsentschädigung?
5. Es gibt andere Personalgruppen, die von den Sparmassnahmen im Personalbereich nicht betroffen sind, zum Beispiel die Kantonsrichterinnen und Kantonsrichter oder der Staatsschreiber. Dies ist eine Ungleichbehandlung gegenüber dem Staatspersonal. Warum wurden hier nicht solidarisch Kürzungen vorgeschlagen und die Arbeitszeiterhöhung in Betracht gezogen?

Fanaj Ylfete namens der SP-Fraktion